

P r o t o k o l l

der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften am 7. Januar 2008 im Senatssaal

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 18:45 Uhr

Anwesend

Herr Dr. Bartels

Herr Dr. Bremer

Herr Dr. Döring

Frau Heinrich

Herr Bauer

i.V. für Herrn Dr. Kühne

Herr Liskow

Herr Dr. Meyer

Herr Mundt

Herr Prof. Dr. Hardtke

Herr Dr. Kerath

Herr Noack

Entschuldigt

Herr Dr. Kühne

Herr Frisch

Gäste

Herr Kremer

Herr Hochheim

Herr Wille

Frau Hoffmann

Herr Becker

Tagesordnung:

- 1 Sitzungseröffnung
- 2 Abstimmung der Tagesordnung
- 3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
- 4 Diskussion der Informationsvorlage
- 4.1 Jahresbericht 2006/2007 sowie Vorausschau 2008 des Sanierungsträgers für die Sanierungsgebiete/Fördergebiete Stadtumbau in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald 04/815
BauBeCon
- 5 Diskussion von Beschlussvorlagen
- 5.1 Benutzungs- und Gebührensatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Durchführung von Märkten und Veranstaltungen auf kommunalen Flächen 04/821
Dez. III, Amt 32
- 5.2 Bestätigung der Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zur überplanmäßige Ausgabe im Verwaltungshaushalt des Jugendamtes 04/822
Dez. III, Amt 50
- 5.3 Überplanmäßige Ausgabe für die Bauausführung des Anbaus an das Humboldt-Gymnasium 04/819
Dez. II, Amt 23
- 5.4 Satzung über das Anbringen von Straßennamen- und Hausnummernschilder in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald 04/806
Dez. II, Amt 60
- 6 Bestätigung der Protokolle vom 12.11. und 20.11.2007
- 7 Informationen der Verwaltung
- 8 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
- 9 Informationen des Ausschussvorsitzenden
- 10 Schluss der Sitzung

Zu TOP: 1 Sitzungseröffnung

Herr Mundt eröffnet die Sitzung mit 11 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern.

Zu TOP: 2 Abstimmung der Tagesordnung

Zusätzlich zur Tagesordnung wird unter TOP 5.5 die Vorlage der SPD-Fraktion „1. Änderungssatzung zur Gebührensatzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“ behandelt.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen
(Herr Liskow ist nicht im Raum)

Zu TOP: 3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

keine

Zu TOP: 4 Diskussion der Informationsvorlage

Zu TOP: 4.1 Jahresbericht 2006/2007 sowie Vorausschau 2008 des Sanierungsträgers für die Sanierungsgebiete/Fördergebiete Stadtumbau in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Da kein Vertreter der BauBeCon anwesend ist, wird dieser Tagungsordnungspunkt vertagt.

Zu TOP: 5 Diskussion von Beschlussvorlagen

Zu TOP: 5.1 Benutzungs- und Gebührensatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Durchführung von Märkten und Veranstaltungen auf kommunalen Flächen

Es war erforderlich, eine neue Nutzungs- und Gebührensatzung zu erarbeiten, so Frau Hoffmann, da in den letzten zwei Jahren neue Veranstaltungsflächen in die Bewirtschaftung des Ordnungsamtes hinzugekommen sind. Alle Bewirtschaftungsflächen wurden in einer „Benutzungs- und Gebührensatzung“ zusammengefasst, sodass jetzt für alle in der Satzung benannten Flächen eine neue Gebührenkalkulation

erarbeitet werden musste.

Mit der Erarbeitung dieser Kalkulation ist gleichzeitig ein neues Regelwerk für die Benutzer geschaffen worden, indem die Benutzungs- und Gebührensatzung zusammengefasst sind. Die Gebührenberechnung erfolgte auf der Grundlage der zur Verfügung stehenden Flächen und deren örtlichen Bedingungen. In der alten Kalkulation wurde nach laufenden Metern in der neuen wird nach Quadratmetern abgerechnet (früher wurde von den Händlern nur der Stand bezahlt, jetzt muss auch für abgestellte Fahrzeuge der Quadratmeterpreis gezahlt werden).

Nach Diskussion erklärt Frau Hoffmann, dass bei maximaler Auslastung eine Kostendeckung stattfindet. Die Prognose, dass durch die neue Satzung weniger Einnahmen erzielt werden könnten, entkräftet Frau Hoffmann, denn der Greifswalder Wochenmarkt hat einen guten Ruf und die Händlerentwicklung ist positiv.

Herr Liskow stellt den Antrag, dass die Verwaltung einen Vorschlag zur Änderung des § 27 Abs. 5 zur Hauptausschusssitzung unterbreitet. Er möchte den § 27 dahingehend geändert haben, dass auf Antrag die Bürgerschaft eine Gebührenbefreiung vornehmen kann.

Herr Mundt lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen
2 Gegenstimmen

Herr Noack gibt den Hinweis, den Textteil des § 14 Abs. 1 „... findet regelmäßig ein Textil- und Kleinwarenmarkt statt, der den Charakter eines Frischwarenmarktes mit ergänzendem Sortiment hat.“ anders zu formulieren.

Über die Vorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen

Zu TOP: 5.2 Bestätigung der Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zur überplanmäßige Ausgabe im Verwaltungshaushalt des Jugendamtes

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen

Zu TOP: 5.3 Überplanmäßige Ausgabe für die Bauausführung des Anbaus an das Humboldt-Gymnasium

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen

2 Enthaltungen

Zu TOP: 5.4 Satzung über das Anbringen von Straßennamen- und Hausnummernschilder in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen

Zu TOP: 5.5 1. Änderungssatzung zur Gebührensatzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Die Vorlage wird von der SPD-Fraktion, Herrn Dr. Bremer, eingebracht. Mit Beschlussfassung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes im Spätsommer 2006 wurde unter Punkt 66-2006-3 die Gebührenerhebung auf Grundlage von Schätzungen für die Nutzung der Querung der Wiecker Brücke durch Kfz beschlossen mit der Maßgabe, dass diese Gebühren im Jahre 2007 neu zu kalkulieren sind. Da dies nicht erfolgt ist, wird mit dieser Vorlage nur etwas nachgeholt, was bisher versäumt wurde. Aus der Sicht der jetzt vorliegenden Zahlen über Einnahmen und Ausgaben ist eine deutliche Senkung der Höhe der Querungsgebühr zu erwarten, was zu einer spürbaren Entlastung der Gebührenpflichtigen beiträgt.

Eine Umsetzung wird zum 1. März 2008 erwartet.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung

Zu TOP: 6 Bestätigung der Protokolle vom 12.11. und 20.11.2007

Im Protokoll vom 12.11.2007 hatte Herr Dr. Kerath verschiedene Anfragen zur Zukunft des steuerlichen Querverbundes gestellt. Herr Hochheim hatte seinerseits vermutet, dass sich eventuell mit einem Nichtanwendungserlass dieses Problem nicht stellen wird. Zwischenzeitlich ist der Nichtanwendungserlass in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald eingetroffen und an Herrn Dr. Kerath weitergeleitet worden. Somit haben sich die Fragen auf Seite 8 des Protokolls erledigt.

Über das Protokoll vom 12.11.2007 wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen
3 Stimmenthaltungen

Herr Mundt lässt über das Protokoll vom 20.11.2007 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen
5 Stimmenhaltungen

Zu TOP: 7 Informationen der Verwaltung

Herr Hochheim informiert, dass die am 10.12.2007 beschlossene Haushaltssatzung im Innenministerium als erste der kreisfreien Städte eingegangen ist und somit damit zu rechnen ist, dass die Universitäts- und Hansestadt Greifswald zeitnah die Genehmigung bekommt. Theoretisch könnte diese bereits im Februar vorliegen, was den Vorteil hätte, dass Investitionen ausgelöst und freiwillige Zahlungen an Vereine geleistet werden könnten.

Weiterhin berichtet Herr Hochheim von der Sitzung der Projektsteuerungsgruppe am 18.12.2007, die der Landesrechnungshof im Rahmen seiner überörtlichen Prüfung der UHGW hier durchgeführt hat. In der Sitzung wurde mitgeteilt, dass der Landesrechnungshof Schwierigkeiten mit der Veranschlagung des Zentralen Gebäudemanagements, so wie im Haushaltsplan dargestellt, hat. Bedauerlicherweise wird sich das Innenministerium den vom Landesrechnungshof vorgetragenen Bedenken anschließen.

Herr Hochheim erklärt kurz die Beweggründe für die ursprünglich vorgesehene Vorgehensweise: Die UHGW ist davon ausgegangen, dass ein Zentrales Gebäudemanagement bei Amt 23 gebildet werden soll, von wo alle Einnahmen und Ausgaben mit tatsächlichem Geldfluss stattfinden. Danach sollte mittels interner Mietbeziehungen (Mieter-Vermieter-Modell) mit den jeweiligen Nutzern in Kontakt getreten werden. Den Nutzern sollte eine Kaltmiete in Rechnung gestellt und zusätzlich die Bewirtschaftungskosten umgelegt werden. Die Nutzer sollten die Möglichkeit bekommen, auf bestimmte Leistungen auch verzichten zu können. Im Ergebnis hätten die verringerten Zahlungen der Nutzer an das Zentrale Gebäudemanagement bewirkt, dass dort eine Unterdeckung entstanden wäre. Auf diese Weise hätte man Ressourcen sowohl beim Personal als auch beim Raumbedarf erschließen können.

Herr Hochheim verweist darauf, dass sich die Stadt in Übereinstimmung mit dem Haushaltserlass des Innenministeriums für 2008 auf einem guten Weg wähnte, weil dort unter Punkt 5 vermutet wurde, dass sich auch bei einer Wahrnehmung der Aufgabe Immobilienbewirtschaftung im Kernhaushalt Einsparpotentiale realisieren lassen. Um zunächst überhaupt die Dimensionen der Ressourcenbindung für die Liegenschaftsbewirtschaftung beurteilen zu können, wurde den Kommunen dort vorgeschlagen, dass diese eine Aufstellung der erforderlichen Personalressourcen und der sonstigen für diesen Aufgabenbereich erforderlichen Ausgaben der Liegenschaftsbewirtschaftung vornehmen sollen. Nichts anderes war mit der in der Haushaltssatzung 2008 gewählten Form beabsichtigt.

Der Landesrechnungshof hat in Abstimmung mit dem Innenministerium dieses Verfahren nunmehr kritisiert und die UHGW aufgefordert, diese internen Leistungsbeziehungen zurückzufahren, weil sie zu einer Doppelveranschlagung von Personal- und Sachausgaben führen. Dies ist verwunderlich, weil beispielsweise im Bereich des Bauhofs die Leistungen seit 2006 auf identische Weise verrechnet wurden, ohne dass das Innenministerium daran Anstoß genommen hat.

Aus diesem Grund muss die UHGW nun möglichst schnell eine Nachtragssatzung erarbeiten, die allerdings lediglich die technische Änderung des kritisierten Zustands zum Gegenstand hat. Über diesen Umstand ist die UHGW bisher nur telefonisch informiert worden, der schriftliche Erlass ist noch nicht eingegangen

Das Innenministerium wird trotz allem die von der Bürgerschaft am 10.12.2007 beschlossene Haushaltssatzung genehmigen, allerdings mit der Erwartung, in der Nachtragssatzung das zu ändern, was man für veränderungswürdig hält.

Zu TOP: 8 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

Im Rahmen der Haushaltsdiskussion hatte Herr Dr. Kerath darum gebeten, dass die Rechtsabteilung ihre Aus- und Fortbildungskosten erörtert. Mit der Ausführung ist Herr Dr. Kerath nicht einverstanden. Er bittet um Nachlieferung, wer welche Fortbildung im Jahre 2007 besucht hat und was diese gekostet haben und erwartet diese Zuarbeit als Anlage zum Protokoll dieser Sitzung.

Zu TOP: 9 Informationen des Ausschussvorsitzenden

keine

Zu TOP: 10 Schluss der Sitzung

Herr Mundt beendet die öffentliche Sitzung um 18:45 Uhr.

gez. Thomas Mundt
Ausschussvorsitzender

gez. Birgit Rosolski
für das Protokoll

